P-02-088

Präambel-Neu

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

41. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
16. - 18. Juni 2017, Berlin

Antragsteller*in: Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV)

Änderungsantrag zu P-02

Nach Zeile 88 einfügen:
Bündnis 90/Die Grünen wollen einen ökologischen und sozialen Politikwechsel in unserem Land. Über viele Jahre regiert die CDU – jetzt in der großen Koalition. Es herrscht Stillstand und Rückschritt. Weder die soziale Gerechtigkeit noch die ökologische Transformation unserer Gesellschaft wird vorangetrieben. Deshalb wollen wir Grünen uns im Wahlkampf dafür einsetzen, dass alle gesellschaftlichen Kräfte gebündelt werden, um Ökologie und soziale Gerechtigkeit in den Mittelpunkt des Wahlkampfes zu stellen. Realistisch mehrheitsfähig werden kann dieser gesellschaftliche Wandel in einer Regierung nur in einem Bündnis von Sozialdemokratie/Bündnis 90/Die Grünen und Linkspartei. Deshalb werden wir gemeinsam dafür kämpfen, dass mit starken Grünen der soziale und ökologische Wandel stattfinden kann und die große Koalition abgewählt wird.

Begründung

Die grünen Wähler*innen wollen vor der Bundestagswahl bei dieser Richtungsentscheidung wissen, woran sie sind, wofür wir stehen und mit wem wollen wir in Zukunft regieren. Wir brauchen eine klare politische Linie um die große Koalition abzuwählen. Es besteht die Gefahr, dass es den Grünen bei den Bundestagswahlen so ergeht wie der FDP, dass wir nur noch als Mehrheitsbeschaffer und Funktionspartei wahrgenommen werden, weil wir mit allen Parteien koalitionsfähig sein wollen. Die Grünen sind keine Volkspartei der Mitte – wie es einige schwarz-grün Befürworter*innen gern hätten. Dies führt zur Beliebigkeit, mangelnder Unterscheidbarkeit von den Volksparteien und sogar dazu, dass sich unsere Kernwähler*innen nicht mehr zur Wahl bewegen. Die Grünen können diese Wahl nur gewinnen, wenn wir ein klares inhaltliches Profil und eine Strategie haben, wie die große Koalition abgelöst werden kann. Wir müssen den Veränderungswunsch der Menschen aufgreifen und uns für eine politische Alternative einsetzen. Nur mit bloßem Machtwillen unter dem Begriff Eigenständigkeit als Öffnung zu schwarz-grün definiert, ohne klare Machtoption und Alleinstellungsmerkmale droht den Grünen der Niedergang bei den Bundestagswahlen. Rot-Rot-Grün/R2G kann der Politikverdrossenheit entgegenwirken, die soziale Ungerechtigkeit angehen, den ökologischen Umbau beherzt angehen und in der Außenpolitik mit einem gemeinsamen Kurs für europäische Entspannungspolitik sorgen. Grün.Links in den Niederlanden hat mit klarer Haltung zur Willkommenskultur, für Ökologie und soziale Gerechtigkeit gezeigt, wie wir mit diesem Dreiklang im Bundestagswahlkampf Alternativen zu den Konservativen und Rechtspopulisten aufzeigen können.

Unterstützer*innen

Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Ralph Pies (Offenbach-Land KV); Thomas Wolff (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Sabine Killmann (Rhein-Sieg KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Tobias Balke (Berlin-

Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Claus-Jürgen Dietrich (Anhalt-Bitterfeld KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Regina Klünder (Kiel KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Angelika Wilmen (Berlin-Pankow KV); Robert Kolle (Ahrweiler KV); Kerstin Dehne (München KV); Frédéric Zucco (Augsburg-Stadt KV); Bernd Frieboese (Berlin-Reinickendorf KV); Barbara Hanning (Hagen KV); Felix Pahl (Berlin-Kreisfrei KV); Barbara Romanowski (Oberberg KV)